



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 29. Januar 2019  
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

### **B 148 Demografieabhängige Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen; Entwurf Kantonsratsbeschluss über die Kenntnisnahme / Finanzdepartement**

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionsvizepräsidentin Inge Lichtsteiner-Achermann.

Inge Lichtsteiner-Achermann: Der Planungsbericht „Demografieabhängige Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen“, die Botschaft B 148, wurde aufgrund der Motion M 237 von Michèle Graber erarbeitet. Die Motion forderte einen Planungsbericht über die langfristige Finanzierung des demografieabhängigen Wachstums und wurde am 13. Dezember 2016 erheblich erklärt. Der erste Teil des Berichtes wurde durch Lustat Statistik Luzern erarbeitet und zeigt mögliche Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung zu ausgewählten Aufgabengebieten und über die öffentlichen Finanzen auf. Der Regierungsrat erläutert im zweiten Teil, wie der Staat seine Leistungen erbringen wird. Berechnet wurde in einem Zeithorizont bis 2030. Im Basisszenario wird grundsätzlich von der heutigen Gesetzgebung und dem heutigen Leistungsniveau ausgegangen. Im Alternativszenario wurden teilweise Aspekte berücksichtigt, die zu höheren Kosten oder zu tieferen Einnahmen führen können. Voraussetzungen zum Gelingen von beiden Szenarien sind: Der Aufgaben- und Finanzplan 2019–2022 (AFP) ist konsequent wie von der Regierung vorgesehen umzusetzen (inklusive der Aufgaben- und Finanzreform 2018 [AFR18], des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung [STAF, vormals SV17] und der Steuergesetzrevision 2020), und das Finanzleitbild 17 ist einzuhalten. Weiter braucht es eine laufende Effizienzsteigerung; die Chancen der Demografie sind zu nutzen und Reserven zu schaffen. Die erste Sitzung und Beratung fand am 13. Dezember 2018 statt. Norbert Riesen von Lustat Statistik Luzern erläuterte den ersten Teil des Berichtes. In der anschliessenden Diskussion wurde nachgefragt, wie die beiden Szenarien einzustufen seien – konkret, ob das Basisszenario als zu optimistisch oder das Alternativszenario als realistisch anzuschauen sei. Erläutert wurde, dass die Szenarien auf dem No-Policy-Change-Grundsatz basierend berechnet und als Annahmen, nicht als Prognosen zu verstehen seien. Thematisiert wurde ebenfalls, inwieweit andere Einflussfaktoren auf die Annahmen und deren Veränderungen wirken, zum Beispiel bezüglich Arbeitslosigkeit. Diese falle in erster Linie zwar beim Bund an, würde dann jedoch über die wirtschaftliche Sozialhilfe auf den Kanton übergreifen. Solche Szenarien einzubauen, hätten den Bericht zu vage und ungenau gemacht. Deshalb habe man diese so nicht berücksichtigt. Betont wurde noch einmal, dass es sich um Annahmen handle, die auf dem heutigen Stand aufbauten. Bei den Steuererträgen sei die Einkommensentwicklung – also ein Wachstum – berücksichtigt und auch eine Steigerung der Gesundheitskosten aufgrund von Einkommenseffekten. Bei der Digitalisierung im Bereich des Gesundheitswesens und deren Auswirkungen auf den Baumol-Effekt wurde erläutert, es sei eine grosse Herausforderung, dass die Produktivität aufgrund der Vorteile aus der

Digitalisierung mit dem Wachstum Schritt halten könne. Im zweiten Teil des Berichtes werden die Schlussfolgerungen der Regierung thematisiert. Auf Fragen zur Stabilität der Denkmodelle in Bezug auf andere Einflüsse oder zum Beispiel auf eine Veränderung des Bruttoinlandprodukts (BIP) usw. wurde auf den Auftrag der Motion verwiesen, die verlangte, dass die geplanten Veränderungen aufgrund des AFP und der demografischen Entwicklung zu berechnen seien. Auf weitere Veränderungen müsste im Finanzleitbild und im AFP reagiert werden. Betont wurde seitens Lustat Statistik Luzern nochmals, dass nicht Trends oder Prognosen vom Bericht abzulesen seien, sondern dass es sich um Annahmen handle. In der Sitzung vom 9. Januar 2019 wurde in der Detailberatung nicht weiter inhaltlich darüber diskutiert. Alle Fraktionen beschloss, auf den Bericht einzutreten. Ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme wurde gestellt. In der Eventualabstimmung über Kenntnisnahme gegen ablehnende Kenntnisnahme wurde die ablehnende Kenntnisnahme mit 16 zu 1 Stimme abgelehnt. In der Schlussabstimmung unterlag der Antrag der Regierung auf zustimmende Kenntnisnahme dem Antrag der PFK auf Kenntnisnahme mit 16 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung. Ich bitte Sie, der PFK zu folgen und den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Für die SVP-Fraktion spricht Marcel Zimmermann.

Marcel Zimmermann: Der Planungsbericht gibt einen guten Überblick über die langfristigen Perspektiven der öffentlichen Finanzen über eine AFP-Periode hinaus. Ob und wie viele der beschriebenen Szenarien wirklich eintreffen werden, wird die Zukunft zeigen, schliesslich ist die Gesellschaft und damit auch die Gesetzgebung einem steten Wandel unterworfen, welchen die Berichtschreiber auch nicht voraussehen konnten. Dieser Wandel kann vom Kanton nur teilweise beeinflusst werden. Wir nehmen aus dem Bericht zur Kenntnis, dass man mit dem beschriebenen Basisszenario gut gerüstet ist, um die demografischen Herausforderungen der nächsten Jahre zu meistern. Kritisch stehen wir der weiteren Kostenentwicklung bei der individuellen Prämienverbilligung (IPV), der Spitalfinanzierung und der Ergänzungsleistungen (EL) gegenüber, wo wir im Basisszenario mit einer Kostenentwicklung zwischen 41 bis 72 Prozent rechnen müssen. Hier müssen die Kostensteigerungen im Griff behalten werden. Der Kanton hat hier zwar nur kleine Einflussmöglichkeiten, weil die Bundesgesetzgebung oder inzwischen sogar das Bundesgericht viel diktieren. Trotzdem soll der Kanton Luzern dort Einfluss nehmen, wo er kann. Immerhin sieht es bei den Bildungskosten so aus, als hätte man diese in den Griff bekommen, nachdem sie jahrelang gestiegen sind. Aufgrund der demografischen Entwicklung darf der Kanton nicht nur mit steigenden Ausgaben, sondern auch mit steigenden Einnahmen rechnen. Dies führt aber auch zu einer steigenden Staatsquote. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es nicht so schlecht aussieht für den Kanton und die demografische Entwicklung gemeistert werden kann. Wir treten auf die Botschaft B 148 ein und nehmen den Planungsbericht zur Kenntnis.

Für die CVP-Fraktion spricht Guido Roos.

Guido Roos: Mit der Botschaft B 148 legt der Regierungsrat dem Kantonsrat einen Planungsbericht über die demografieabhängigen Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen vor. Der Planungsbericht basiert auf der Motion M 237, welche am 16. Mai 2017 vom Kantonsrat erheblich erklärt wurde. Das gewählte Vorgehen in zwei Phasen ist für die CVP nachvollziehbar. Auch haben wir Verständnis dafür, dass Lustat Statistik Luzern lediglich Szenarien aufzeigt und keine Prognosen macht. Prognosen machen, Fakten interpretieren, Handlungsbedarf ableiten und Massnahmen auslösen, das gehört zur Rolle der Politik. Zur Rolle der Politik gehört zudem auch, die Erkenntnisse in den Gesamtkontext einzubetten, zum Beispiel in die konjunkturelle und die politische und finanzpolitische Grosswetterlage. Was sind die Kernaussagen von Lustat Statistik Luzern? Lustat Statistik Luzern hat zwei grundsätzliche Szenarien erarbeitet, ein Basis- und ein Alternativszenario. Die Szenarien beruhen grundsätzlich auf der heutigen Gesetzgebung und dem heutigen Leistungsniveau. Die untersuchten demografieabhängigen Aufwände wachsen bis ins Jahr 2030 beträchtlich. So resultiert im Basisszenario ein durchschnittliches Wachstum von 23 Prozent, wobei der Bereich Gesundheit mit 50 Prozent das grösste Wachstum aufweist. Das Alternativszenario rechnet im Bereich Gesundheit sogar mit einem Wachstum von

71 Prozent. Für die CVP sind auch diese Ausführungen und Berechnungen von Lustat Statistik Luzern nachvollziehbar. Wie soll der Kanton Luzern dieses Wachstum finanzieren? Lustat Statistik Luzern geht beim Basisszenario davon aus, dass der Kanton die demografieabhängigen Aufwandsteigerungen des Kantons durch das demografieabhängige Wachstum der Erträge bis 2030 finanzieren kann. Im Alternativszenario hingegen werden nebst rein demografischen Auswirkungen teilweise auch weitere Aspekte berücksichtigt, die zu höheren Kosten oder tieferen Erträgen führen könnten. Ohne Gegenmassnahmen würde dieses Szenario zu einer bedeutenden Finanzierungslücke führen. Welche Schlussfolgerungen zieht nun der Regierungsrat aus den Ausführungen von Lustat Statistik Luzern? Die Folgen von Bevölkerungswachstum und -alterung können gemäss Regierungsrat bewältigt und die staatlichen Leistungen auf bisherigem Niveau gesichert werden. Um sowohl für das Basisszenario als auch für ein anspruchsvolleres Alternativszenario gerüstet zu sein, sind gemäss Regierung folgende Massnahmen notwendig: Der AFP 2019–2022 ist wie von der Regierung vorgesehen konsequent umzusetzen (inklusive AFR18, STAF und Steuergesetzrevision 2020), eine laufende Effizienzsteigerung, die Chancen der Demografie zu nutzen, das Finanzleitbild 17 einzuhalten und Reserven zu schaffen. Wie beurteilt die CVP die Haltung der Regierung? Wir sehen es etwas kritischer. Die vom Regierungsrat aufgeführten Massnahmen haben primär nicht eine langfristige, sondern lediglich eine mittelfristige Optik. Zudem sind einige der erwähnten Massnahmen politisch umstritten (AFR 18, STAF und Steuergesetzrevision 2020) und müssen somit als kritisch eingeschätzt werden. Auch mit Blick auf die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stehen wir der Finanzierung der beiden Szenarien kritisch gegenüber. Wir befinden uns zurzeit in einer Hochkonjunkturphase mit einer entsprechend tiefen Arbeitslosigkeit. Zudem haben wir aktuell ein historisch tiefes Zinsniveau. Was ist, wenn sich bei den Rahmenbedingungen zwei bis drei Treiber deutlich schlechter entwickeln, zum Beispiel durch Unruhen in Europa, einen stärkeren Franken, mehr Arbeitslose oder deutlich höhere Zinsen? Für diese Entwicklungen wären wir schlecht gerüstet. Faktisch haben wir mittel- und langfristig keinen Handlungsspielraum. Zudem möchte der Regierungsrat gemäss seiner Kantonsstrategie 2015 den Kanton Luzern mittel- und langfristig deutlich weiterbringen. Luzern soll ein Innovationsmotor sein und den Innovations- und Wissenstransfer markant steigern. Diese Stossrichtung unterstützen wir. Unserer Einschätzung nach fehlen jedoch dem Kanton aktuell die Visionen und Leitideen. Für uns ist es jedoch klar: Wenn der Kanton Luzern alles auf das absolut Notwendige reduziert, können zukunftssträchtige Chancen nicht genutzt werden. Wir müssen uns die Frage stellen, was wir heute unternehmen, damit die Luzerner Wirtschaft in zehn Jahren in den Bereichen Informatik und neue Technologien ebenso fit ist wie der Kanton Zug. Oder was müssen wir heute in welche zukunftssträchtige Branche beziehungsweise Technologie investieren, um in diesem Bereich in 20 Jahren absolut führend zu sein? Wir haben starke Zweifel, ob es unsere finanziellen Rahmenbedingungen ermöglichen, den Leitsatz „Luzern ist ein Innovationsmotor“ in Zukunft wirklich zu leben. Angesichts der politischen Realitäten, konjunktureller Risiken und des engen finanzpolitischen Rahmens des Kantons beurteilen wir es als kritisch, ob er die langfristigen Auswirkungen der demografischen Entwicklung finanzieren kann. Die CVP-Fraktion tritt auf die Botschaft B 148 ein und unterstützt den Antrag der PFK auf Kenntnisnahme des Planungsberichtes.

Für die FDP-Fraktion spricht Damian Hunkeler.

Damian Hunkeler: Bei der Botschaft B 148 handelt es sich um eine interessante Studie über die rein statistische Entwicklung des Kantons auf Basis des No-Policy-Change-Grundsatzes. Wir nehmen den Bericht als rein statistisches Szenario zur Kenntnis. Der Regierungsrat – und das ist für uns entscheidend – zieht aus unserer Sicht weitestgehend die richtigen Schlüsse aus diesem möglichen Entwicklungsszenario. So will er an der dauernden Effizienzsteigerung, der Leistungspriorisierung und der Schaffung von Reserven festhalten. Dass Abweichung eintreten werden, zeigt bereits die gestrige Beratung der Botschaft B 147. Diese Abweichungen von Beträgen passieren aber auf der Plus- und der Minusseite und müssen laufend verfolgt werden. Wir treten auf die Vorlage ein und

nehmen den Planungsbericht zur Kenntnis.

Für die SP-Fraktion spricht David Roth.

David Roth: Der Planungsbericht basiert auf dem No-Policy-Change-Grundsatz. Wie ich bereits anlässlich der Beratung in der PFK erklärt habe, bin ich überrascht, dass die Bürgerlichen diesen Bericht zur Kenntnis nehmen und ihn nicht ablehnen. Wie der gestrige Sessionstag gezeigt hat, befinden sie sich nämlich mitten im Policy-Change, denn sie haben den vorliegenden Planungsbericht bereits wieder untergraben. Vielleicht sollten wir das Ganze nicht allzu politisch betrachten, sondern als statistische Untersuchung. In diesem Fall handelt es sich um einen sehr guten Bericht. So wird endlich klar, dass es um ein Kostenwachstum in nominellen Zahlen geht und nicht um ein Kostenwachstum in Leistungen. Der Bericht zeigt, dass einem zusätzlichen Franken das demografische Wachstum zugrunde liegen kann. Ich möchte deshalb in Zukunft nicht einfach nur hören, dass die Kantonsfinanzen explodieren, sondern dass sich die Kostensteigerungen auch mit dem demografischen Wachstum begründen lassen. Ich hoffe doch, dass der Bericht das Seine dazu beiträgt. Langfristig müssen diese Szenarien jedoch relativiert werden, eine No-Policy-Change-Annahme ist unrealistisch, denn es muss immer wieder mit der Übertragung von weiteren Staatsaufgaben durch den Bund gerechnet werden. Der Bericht enthält auch Annahmen, die schlicht nicht real sind. Für die Berechnung der Steuereinnahmen bei der Einkommenssteuer wird die Produktivitätssteigerung herangezogen. Allerdings haben sich Einkommen und Produktivität nicht parallel entwickelt. Um daran etwas zu ändern, sollten die Bürgerlichen zusammen mit den Gewerkschaften nach Lösungen suchen, damit die Löhne und damit auch die Steuereinnahmen steigen. Der Bericht sollte politisch nicht überbewertet und vor allem als statistisches Werk gesehen werden. Wir treten auf die Vorlage ein und nehmen den Planungsbericht zur Kenntnis.

Für die Grüne Fraktion spricht Urban Frye.

Urban Frye: Da wir bereits den AFP abgelehnt haben, weil er vollkommen unrealistisch ist, was die geplanten Mehreinnahmen an Steuern betrifft und dies auch bei der AFR18 der Fall ist, nehmen wir selbstverständlich auch den Planungsbericht über die demografieabhängigen Langfristperspektiven nur in ablehnendem Sinn zur Kenntnis. Ich möchte jetzt aber gerne ausführen, dass das, was der Regierungsrat hier in diesem Papier behauptet, erreichen zu können, jeglichem Erkenntnisstand der allgemein anerkannten Ökonomie widerspricht. Würde es der Regierungsrat tatsächlich schaffen, bei den Bereichen Gesundheit, Bildung und Kultur den Baumol-Effekt auszumerzen, würde er bestimmt im kommenden Jahr den Wirtschaftsnobelpreis erhalten, weil das bis heute auf der ganzen Welt noch kein Staat und keine Regierung geschafft hat. Um was geht es? Wir haben Produktionszweige, bei denen dank dem technologischen Fortschritt, der Computerisierung und der Digitalisierung ein immer grösserer Skalierungseffekt möglich ist. Mein Mobiltelefon kann nicht nur viel mehr als sein Vorläufer vor zehn Jahren, es kostet auch weniger als die Hälfte des damaligen Preises. Wir produzieren zum selben Preis viel mehr Güter. Wenn wir also zwei Güter statt nur eines zum gleichen Preis produzieren, haben wir – monetär ausgedrückt – ein Nullwachstum, bei der Produktivität jedoch eine Verdoppelung. Das führt meist zu einem grösseren Gewinn, was bei den Angestellten wiederum in der Regel zu höheren Löhnen führt. Von diesen Gütern können wir uns heute viel mehr leisten als früher: Haushaltgeräte, Autos, Lebensmittel, Kleider, Ferien. Von all diesen Gütern kaufen wir uns heute viel mehr für viel weniger Geld als unsere Eltern es konnten. Jetzt gibt es aber „Produktionszweige“, wo eine Skalierung nur schwer, kaum oder gar nicht möglich ist. Das sind Güter, bei denen die Qualität zum grössten Teil durch den menschlichen Kontakt entsteht: Gesundheit, Pflege, Bildung, Kultur. Eine Effizienzsteigerung ist nur durch Qualitätsabbau möglich, was wir alle nicht goutieren. Niemand von uns möchte, dass unsere demente Grossmutter von einem Roboter gepflegt wird, niemand von uns möchte, dass der Chirurg im OP seine Skalpellschnitte schneller machen muss, als ihm und uns lieb ist, niemand von uns möchte, dass der Onkologe keine Zeit mehr hat, dem Krebspatienten die Therapie ausführlich zu erklären. Das Lernen der Kinder ist nicht skalierbar. Damit ein Schüler den Sekundarschulstoff lernen kann, braucht es ein bestimmtes Quantum an Zeit

und einen sozialen Kontakt. Höhere Klassengrößen oder der Ersatz von Lehrpersonen durch Laptops sind keine Effizienzsteigerung, sondern Qualitätsabbau. Bei der Kultur ist diese Diskussion vollkommen absurd. Wie soll das Luzerner Sinfonieorchester effizienter spielen – schneller oder nur noch die Hälfte der Noten oder mit der halben Besetzung? Eine Sinfonie von Beethoven kann nur gut oder schlecht gespielt werden, nicht aber effizient oder nicht effizient. Weil nun aber bei den skalierbaren Gütern die Löhne gestiegen sind, steigen sie auch in diesen Produktionszweigen. Sonst will niemand mehr im Altersheim arbeiten. Die Gesamtkosten für Gesundheit, Bildung und Kultur steigen, obwohl keine Mengenausweitung geschieht. Mobiltelefone werden billiger, Arztbesuche teurer. Das ist der sogenannte Baumol-Effekt. William Baumol wertete so weit als möglich von allen Industrienationen die Daten zwischen 1948 und 2008 aus. Immer liegen die Teuerungsraten bei Gesundheit, Bildung und Kultur über der allgemeinen Teuerung. Approximativ liegt die allgemeine Teuerung bei den Industrienationen in dieser Zeitperiode bei etwa 4 Prozent, die der Dienstleistungen jedoch bei 5 Prozent. Das ist ein Unterschied von 25 Prozent, der exponentiell wächst. Kein Staat hat es bis heute geschafft, den Baumol-Effekt zu eliminieren. Der Luzerner Regierungsrat glaubt, er könne das. Wenn wir aber den gesamten Warenkorb einer Durchschnittsfamilie anschauen, so kann sich die Familie heute viel mehr leisten als früher, auch wenn die Kosten, etwa bei der Gesundheit, stark gestiegen sind. Nun werden unsere sozialistischen Freunde und die paar Bürgerlichen, denen das C im Parteinamen noch etwas bedeutet, monieren, dass die ärmeren Schichten aber von diesen Kostensteigerungen viel stärker betroffen sind. Das ist richtig, und genau deshalb stellt der Staat diese Güter zur Verfügung, die am stärksten vom Baumol-Effekt betroffen sind. Die Kosten dafür werden über Steuern abgedeckt, die nach der wirtschaftlichen Möglichkeit jedes Einzelnen erhoben werden. Auch wenn wir die Bereitstellung dieser Güter privatisieren, werden sie trotzdem nicht billiger. Unsere Gesundheitsversorgung ist grösstenteils privatisiert, ohne dass sich die Preisspirale langsamer dreht. Kinderkrippen werden meist privat geführt, trotzdem sind sie teuer. Fürsorgliche Kantone und Gemeinden mildern bei privatisierten Dienstleistungen die steigenden Kosten mit Prämienverbilligungen oder Betreuungsgutschriften. Der Kanton Luzern hat sich grösstenteils davon verabschiedet, was – wie wir ja jetzt wissen – illegal ist. Dass also die Staatsquote im Vergleich zur allgemeinen Teuerung steigt, ist ganz normal, somit auch Steuererhöhungen. Das heisst nun für den Planungsbericht: Das reale Szenario ist jenes mit dem Baumol-Effekt, und es ist nur mit einer Steuererhöhung zu meistern. Wenn der Finanzdirektor diese Ausführungen wiederum als dummes Geschwätz abtun will, wie er es bereits bei der Diskussion um die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt gemacht hat, so habe ich ihm auch für das heutige Thema wiederum das Standardwerk besorgt: „The Coast Disease“ von William Baumol.

Für die GLP-Fraktion spricht Urs Brücker.

Urs Brücker: Insgesamt handelt es sich um einen sehr interessanten und technisch guten Planungsbericht. In zwei Szenarien wird die demografieabhängige Aufwand- und Ertragsentwicklung bis 2030 aufgezeigt. Dabei sind allerdings die Annahmen im Basisszenario aus unserer Sicht zu optimistisch beziehungsweise teilweise nicht plausibel. So wird beispielsweise angenommen, dass die Kosten pro betreute Person beziehungsweise pro Lernende in den personalintensiven Bereichen der Pflege und der Bildung nicht steigen, dass also keine Realloohnerhöhungen stattfinden werden. Die Vergangenheit zeigt aber insbesondere im Bildungsbereich ein ganz anderes Bild. Wir halten das Alternativszenario für realistischer, bei welchem der Aufwand deutlich stärker wächst als der Ertrag. Dieses Szenario führt ohne weitere Gegenmassnahmen bis im Jahr 2030 zu einer massiv höheren Verschuldung des Kantons von 870 Millionen Franken. Für die GLP ist klar, dass die demografische Entwicklung den Kanton in den nächsten zehn Jahren vor grösste finanzielle Herausforderungen stellt. In den Schlussfolgerungen, welche die Regierung im Bericht zieht, fehlen neue Ansätze. Einmal mehr wird darauf verwiesen, dass nur eine Chance besteht, die öffentlichen Finanzen bis 2030 einigermaßen im Lot zu halten, nämlich mit der Umsetzung der STAF, der kantonalen Steuergesetzrevision 2020 und der AFR18 sowie mit höheren

Ressourcenausgleichszahlungen aus dem NFA. Damit setzt der Regierungsrat unverändert auf das Prinzip Hoffnung. Es wäre ehrlicher, der Bevölkerung klar aufzuzeigen, dass ein „Weiter wie bisher, aber ein bisschen netter“ nicht möglich sein wird. Wenn wir unseren kommenden Generationen nicht einen riesigen Haufen Schulden hinterlassen wollen, müssen wir sehr zeitnah diskutieren, wie viele und welche Leistungen des Staates abgebaut werden sollen oder wie viel mehr Steuern zu bezahlen sind. GLP tritt auf die Vorlage ein und nimmt den Planungsbericht zur Kenntnis.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Es ist weder Aufgabe noch Ziel der Regierung, einen Nobelpreis in Makroökonomie zu erlangen. Deswegen gehe ich nicht auf das Gesagte von Urban Frye ein, sondern nehme zum Planungsbericht über die demografische Entwicklung Stellung. Im Bericht geht es um die finanziellen Auswirkungen aufgrund des Bevölkerungswachstums und der Alterung. Wir haben von Lustat Statistik Luzern entsprechende Berechnungen unabhängig anstellen lassen und unsere Schlussfolgerungen daraus gezogen. Wir haben aus dem Bericht einige neue Erkenntnisse gewonnen. So ist es neu für mich, dass die Alterung der Gesellschaft auch zu mehr Steuereinnahmen führt. Dadurch werden auch gewisse Kosten gedeckt, die aufgrund der demografischen Entwicklung entstehen. Weiter haben wir untersucht, ob die dem Kanton zugeordneten Aufgaben und somit auch die Kosten stärker wachsen als die den Gemeinden zugeordneten Aufgaben. Weil wir diesen Bericht parallel zur AFR18 ausgearbeitet haben, haben wir diese ebenfalls mit einbezogen. Die aufgrund der AFR18 entstehenden Veränderungen vermögen die Öffnung der Schere zwar etwas kleiner zu machen, sie aber nicht ganz zu schliessen. Die Regierung hat entsprechende Massnahmen gesucht; eine davon ist das Finanzleitbild, das durch Ihren Rat verabschiedet worden ist. Wir müssen uns an das Finanzleitbild halten und können nicht immer alles mit der demografischen Entwicklung entschuldigen. Zudem kann auch die Digitalisierung einen Beitrag zur Kostensenkung leisten. Gerade in der Medizin hat die Digitalisierung einen wesentlichen Einfluss auf tiefere Kosten sowohl in der medizinischen Berufsausübung als auch in der Verwaltung der Spitäler, auch wenn die Kosten im Gesundheitswesen insgesamt noch steigen. Wichtig ist die No-Policy-Change-Annahme, die Schätzungen wurden aufgrund der aktuellen Gesetzgebung gemacht. Es hat nichts mit der demografischen Entwicklung zu tun, wenn der Bund neue Gesetze und Kosten auf den Kanton überwälzt oder wir uns selber neue Gesetze und somit auch Kosten auferlegen. Ihr Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis. In der Vorberatung habe ich die Diskussion vermisst, aber noch mehr vermisse ich, dass Sie keine Bemerkungen eingereicht haben. Sie hätten dadurch die Chance gehabt, die Zukunft zu gestalten.

Antrag PFK zu Ziffer 1: Vom Planungsbericht „Demografieabhängige Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen“ wird Kenntnis genommen.

Antrag Frye Urban zu Ziffer 1: Vom Planungsbericht „Demografieabhängige Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen“ wird ablehnend Kenntnis genommen.

Antrag RR zu Ziffer 1: Vom Planungsbericht „Demografieabhängige Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen“ wird zustimmend Kenntnis genommen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionsvizepräsidentin Inge Lichtsteiner-Achermann.

Inge Lichtsteiner-Achermann: Die PFK hat mit 16 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung entschieden, den Bericht neutral zur Kenntnis zu nehmen.

Urban Frye: Die Grüne Fraktion nimmt den Bericht ablehnend zur Kenntnis.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Die Regierung bittet Sie, den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Es fand weder eine inhaltliche Diskussion statt noch wurden Bemerkungen eingereicht; offensichtlich scheinen Sie mit dem Bericht zufrieden zu sein.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat den Antrag der PFK dem Antrag von Urban Frye mit 86 zu 7 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung stimmt der Rat dem Antrag der PFK mit 92 zu 4 Stimmen zu.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über den

Planungsbericht „Demografieabhängige Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen“, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 91 zu 6 Stimmen zu.